

-5. Juli 1990

t.024-17 (Osteuropa) - FM/HAG Bern, den 5. Juli 1990Notiz an CPBemerkungen zu "aide occidentale à l'Europe orientale au détriment du tiers-monde", Thema der Botschafterkonferenz vom 21. - 24. August 1990

Nach Rücksprache mit CH/WM können von der "Osteuropa-Seite" zum Thema folgende Bemerkungen beigesteuert werden:

1. Von verschiedensten Seiten (Parlament, Bundesrat, Spitzen der Verwaltung) ist in den vergangenen Monaten die Erklärung abgegeben worden, dass sich die jetzt angelaufene schweizerische Osteuropa-Hilfe nicht zum Nachteil der Entwicklungsländer auswirken dürfe. (vgl. für die Verknüpfung von Osteuropa-Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit den von FoPol z.Hd. von Presse und Information des EDA ausgearbeiteten Text vom 9.4.1990)

Bereits heute steht fest, dass es bei diesem 250 Mio-Kredit nicht sein Bewenden haben wird; ein zweiter bedeutend (?) höherer Kredit wird folgen. Gerade deshalb (und wegen ihrer allzu grossen Häufigkeit) dürften diese Deklarationen nicht darüber hinwegtäuschen, dass bei gleichbleibenden Rahmenbedingungen realistischerweise eben doch jedes zusätzliche finanzielle Engagement in den Oststaaten in der Praxis leider die Verfügbarkeit von weiteren Mitteln für die Entwicklungsländer einschränken wird. Realität ist nämlich, dass die jetzt gesprochene Tranche von 250 Mio für Osteuropa (auch wenn 100 Mio davon reine ERG-Finanzierung darstellt) nicht mehr verfügbar ist; es ist auch kaum anzunehmen, dass Bundesrat Stich angesichts der Finanzlage die in Zukunft für die Entwicklungsländer benötigten höheren Geldmittel trotz dieser zusätzlichen Osteuropa-Kredite andersweitig verfügbar machen wird.

2. Angesichts der Erklärungen dürfte es wohl erlaubt sein, davon auszugehen, dass die Verantwortlichen in der Schweiz der Meinung sind, die - erhöhten - Kreditbedürfnisse der Entwicklungsländer seien (ebenfalls) gerechtfertigt. Das wiederum würde eigentlich erwarten lassen, dass man sich Ueberlegungen anstellt, wie beiden Bedürfnissen (Osteuropa und Entwicklungsländer) Rechnung getragen werden könnte, bzw. in welchen anderen schweizerischen Ausgabenbereichen Einsparungen vorzunehmen wären. Dass sich da "das gefährliche Thema" einer Reduktion der Militärausgaben aufdrängt, liegt auf der Hand: die schweizerischen Leistungen (und die der anderen westeuropäischen Länder) beabsichtigen die Unterstützung und Förderung des "Umbaus" der Gesellschaft in den reformwilligen ost- und mitteleuropäischen Ländern.

"Reformwillig" beinhaltet die Erfüllung der von den westlichen Ländern gesetzten politischen und wirtschaftlichen Bedingungen. Aufgrund der G-24-Ministertagung vom 4. Juli (an der auch die Schweiz beteiligt war) gelten (noch) mit Ausnahme von Rumänien und Albanien alle ost- und mitteleuropäischen Länder als reformwillig. Bedürfte dementsprechend nicht unsere schweizerische Bedrohungskonzeption einer radikalen Ueberarbeitung? Und könnten nicht gerade dadurch beträchtliche, bisher gebundene Geldmittel freigesetzt werden?

3. Kurz- und mittelfristig dürfte es trotz Erklärungen schwerfallen, es allen recht zu machen (im Osten und den Entwicklungsländern sowie den Wortführern dieser Interessengruppen in der Schweiz). Notwendig wäre deshalb wohl die Erarbeitung/Formulierung einer gesamtschweizerischen Politik (nicht nur einer DEH-Politik), welche die einzelnen Regionen in einen Welt-Zusammenhang stellt und aufgrund dieser Gesamtschau Prioritäten zu setzen versucht. Notgedrungenerweise müsste die Schweiz dabei Farbe bekennen, Akzente setzen und allenfalls trotz Erklärungen bestimmte Regionen ändern vorziehen. Die Botschafterkonferenz könnte dazu evtl. gewisse Anstösse geben.

M. Ferrari

cc: / 0 0  
- WM, CH, FM

-5. Juni 1990